

Gute Nachrichten aus dem Kreisausschuss:

Neubau der Anne-Frank-Realschule-plus in Montabaur kann starten



Insgesamt 26 Punkte hatte der Kreisausschuss (KA) auf seiner letzten Tagesordnung.

Viele der überwiegend einstimmigen Beschlüsse befassten sich mit Personalangelegenheiten, Auftragsvergaben oder dem Abschluss von erweiterten Gebäudeversicherungen sowie Investitionen in Büromöbel für das Verwaltungsgebäude.

Neubau der Anne-Frank-Realschule plus

In der Sitzung stimmten die Gremienmitglieder auch erneut dem Neubau der Anne-Frank-Realschule plus zu, der sich in den Kosten mittlerweile nahezu verdoppelt hat. Bereits 2018 wurde über den Neubau grundsätzlich entschieden. Laut Landrat Achim Schwickert ist dies „die Geschichte eines Elends“, dessen Ende jetzt aber durch den Beschluss des KA in greifbare Nähe rückt. Die erneute Abstimmung war aufgrund der eingetretenen Kostensteigerungen notwendig. Lag die erste Kostenprognose, die auf Grundlage der pauschalen Kostenrichtwerte des Landes erstellt wurde, bei 15 Millionen Euro, veranschlagt die aktuelle Hochrechnung über den Baukostenindex

Gesamtkosten in Höhe von circa 28,7 Millionen Euro. Diese Preissteigerung ist zum einen auf die Baupreisentwicklung, die auch private Haushalte momentan gravierend trifft, zurückzuführen, zum anderen auf die zeitliche Verzögerung. Europaweite Ausschreibungen, das Ausbleiben von Genehmigungen, vorgeschriebene Architektenwettbewerbe und auch Veränderungen in baulichen Vorgaben zogen das Projekt in die Länge. Ende März erfolgte jetzt die schulbehördliche Genehmigung zum Bauvorhaben. Im nächsten Schritt soll das beauftragte Architekturbüro die Ausführungsplanung erstellen und die Vorbereitungen der notwendigen Ausschreibungen vornehmen. Im März 2024 sollen dem Kreisausschuss dann die ersten Ausschreibungsergebnisse vorgelegt werden, sodass voraussichtlich im Mai 2024 dann die Bauarbeiten endlich beginnen können.

Erhöhung des Eigenanteils der Essenversorgung an Schulen

Im vergangenen Jahr hat der Kreisausschuss den Eigenanteil von Eltern an den Verpflegungskosten der Schulen in Trägerschaft des Westerwaldkreises auf 3,75 Euro festgelegt.

Die tatsächlichen Kosten variieren allerdings zwischen 4,00 und 6,57 Euro und sind auf schulische Besonderheiten zurückzuführen.

Damit subventioniert der Kreis mit rund 126.000 Euro die Beköstigung. Hinzu kommt die indirekte Bezuschussung, in deren Rahmen den Caterern Mensa, Ausstattung, Strom, Wasser und Heizung unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden.

Die aktuell steigenden Preise für Energie und Lebensmittel führen allerdings dazu, dass die Caterer für das kommende Schuljahr bereits Preiserhöhungen angekündigt haben.

Während der Rechnungshof kostendeckende Eigenanteile empfiehlt, hat der Kreisausschuss mit einer Erhöhung des Eigenanteils auf 4,00 Euro den Mittelweg gewählt.

Förderrichtlinien zur Einrichtung von Notfalltreffpunkten in den Gemeinden

Verwaltung und Gremien beschäftigen sich in den letzten Jahren immer wieder aufgrund veränderter klimatischer Verhältnisse sowie der gegenwärtigen Sicherheitslage mit zentralen Fragen des Katastrophenschutzes.

Auf Antrag des Kreistages hat die Verwaltung nunmehr einen Entwurf für eine Förderrichtlinie zur Schaffung von Notfalltreffpunkten in den Westerwälder Gemeinden vorgelegt, die der Kreisausschuss zustimmend zur Kenntnis genommen hat und dem Kreistag empfiehlt, diese in seiner nächsten Sitzung zu beschließen.

Sofern der Kreistag der Empfehlung des Kreisausschusses folgt, können Gemeinden beispielweise Zuwendungen für die Herstellung von Notstromspeisungen, die Beschaffung von Notstromaggregaten oder Notheizungen sowie einigen weiteren Projekten erhalten. Insgesamt sollen dazu Mittel in Höhe von 1,5 Millionen Euro im Nachtragshaushalt 2023 bereitgestellt werden.

KulturPass für 18-Jährige startet

200 Euro für vielfältige Kulturangebote

Jugendliche, die im Jahr 2023 18 Jahre alt werden, erhalten ab sofort Zugang zum so genannten KulturPass.

Nach der Registrierung und Freischaltung in der dazugehörigen App für iOS und Android haben sie Zugriff auf ein virtuelles Budget von 200 Euro.

Dieses Geld können sie dann innerhalb von zwei Jahren für eine große Auswahl an Kulturangeboten einsetzen.

Deutschlandweit haben die jungen Erwachsenen nicht nur die Möglichkeit, damit Konzerte, Theater, Museen und Kinos zu besuchen.

Sie können das Budget auch für den Kauf von Büchern, Tonträgern, Noten und Musikinstrumenten verwenden. Der KulturPass ist ein Programm der Bundesregierung. Weitere Informationen gibt es unter www.kulturpass.de/jugendliche



Foto: KulturPass / BKM